

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-023

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Antragstext

Von Zeile 22 bis 24 einfügen:

der Ratifikation von Freihandelskommen der Europäischen Union. Stattdessen soll eine verstärkte qualifizierte Mehrheit gem Art 238 (2) AEUV, also 72 % der Mitglieder des Rates (20/27) die min. 65 % der Bevölkerung ausmachen, für eine Ratifikation

Begründung

Unter einer normalen qualifizierten Mehrheit versteht man üblicherweise andere Zustimmungsquoren. Die hier genannte mit 72 % und 65 % kennt man als verstärkte qualifizierte Mehrheit, unter anderem nachzulesen auf der Homepage des Rates unter <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/voting-system/qualified-majority/>

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-042

Antragsteller*in: *Peter Berry, Anna Stürgkh, Christoph Hofer*

Antragstext

Von Zeile 41 bis 45:

Verbraucher:innen einen besseren Zugang zu einer vielfältigen Auswahl an qualitativ hochwertigen Produkten ermöglichen.[Leerzeichen]

Auch die WTO spricht sich gegen Handelshemmnisse aus und setzt sich seit ihrer Gründung 1994 für den Abbau dieser protektionistischen Maßnahmen ein. Diese Vorschriften sind durch die Mitglieder der WTO (somit auch der EU bzw ihrer MS) zu achten.[\[6\] Wir lehnen die laufende Unterminierung der WTO durch China und leider auch die USA ab. Die WTO ist einer der wichtigsten Stützpfeiler für globalen freien Handel und damit Wohlstand und Armutsbekämpfung auf der Welt. Die Europäische Union sollte sich dafür einsetzen, die innere Organisation der WTO zu reformieren, sodass Blockaden von Entscheidungsgremien, wie die derzeitige, nicht mehr möglich sind, und soll im Rahmen ihrer diplomatischen Arbeit Druck auf die USA ausüben, dass ihr Mandat im Appellate Body möglichst rasch nachbesetzt wird.](#)

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-065

Antragsteller*in: *Peter Berry*

Antragstext

Von Zeile 64 bis 65 löschen:

Das soll durch einen Handelsgerichtshof, ähnlich dem Internationalen Strafgerichtshof, überwacht und ~~notfalls~~ auch durchgesetzt werden.

Begründung

Die Durchsetzung eines Abkommens ist kein Notfall.

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-073

Antragsteller*in: Christoph Müller, Sarah Sinkovits, Christoph Hofer

Antragstext

Nach Zeile 73 einfügen:

Wettbewerb statt Merkantilismus

In den letzten Jahren wurde die weltweite Handelspolitik von einer fehlgeleiteten Neuauflage des Merkantilismus geprägt. Wohlmeinende vorausschauende Staatsbeamte verteilen freihändig Subventionen und andere Begünstigungen an heimische Unternehmen, die man als sogenannte "national champions" aufbauen möchte. Diese sollen dann weltweit mit den "champions" anderer Staaten konkurrieren. Das ist eine kapitale Fehlentwicklung und Abkehr von der Grundidee des Freihandels und des Vertrauens in den Mehrwert von freiem Wettbewerb. Weder wissen Staaten, welche Branchen oder Unternehmen in Zukunft erfolgreich sein werden, noch haben Staatsbedienstete bzw. Politiker den nötigen Weitblick und "skin in the game" hierfür. Wir JUNOS – Junge liberale NEOS stellen uns deswegen entschieden gegen diese Tendenz und setzen uns sowohl in Österreich als auch der Europäischen Union und innerhalb der WTO für ein strenges und restriktives Subventionsregime sowie eine Rückkehr zu den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft ein.

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-079

Antragsteller*in: *Peter Berry*

Antragstext

Von Zeile 78 bis 81:

Systeme implementieren, fordern wir CO₂-Zölle, die Ausgleichszahlungen für das ausgestoßene CO₂ eines jeden importierten Produkts darstellen. ~~PrimärDies~~ dient ~~dies~~ ~~dazu~~dazu, das Klima zu schützen und einen Anreiz für nachhaltige Produktionsmethoden zu setzen. Auch ein durch die CO₂-Bepreisung entstehender Nachteil für EU-

Begründung

Eine CO₂-Bepreisung dient nichts anderem, außer das Klima zu schützen.

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-082

Antragsteller*in: *Peter Berry, Anna Stürgkh*

Antragstext

Nach Zeile 82 einfügen:

Unser engster Partner: Verlassen aber nicht verloren

Als Europäische Union müssen wir die Entscheidung der britischen Bevölkerung, die Europäische Union zu verlassen, leider zur Kenntnis nehmen. Es ist allerdings im Interesse sowohl Europas als auch des Vereinigten Königreichs, dass Handelsbeziehungen möglichst reibungsfrei gestaltet werden. Wir fordern sowohl die Europäische Union als auch das Vereinigte Königreich dazu auf, im Rahmen des Windsor Frameworks den Freihandel zu priorisieren und alle möglichen Barrieren abzubauen.

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-086

Antragsteller*in: Gregor Czepl

Antragstext

Von Zeile 85 bis 88:

Commitment für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Neben einem neuen Anlauf für TTIP mit den Vereinigten Staaten, sollen auch mit ~~den Großmächten China~~ und der Großmacht Indien durch Freihandelsabkommen gemeinsame Regeln sichergestellt werden. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-

Begründung

Wir dürfen nicht die Fehler aus der Vergangenheit wiederholen und uns wirtschaftlich von der nächsten Diktatur abhängig machen.

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-089

Antragsteller*in: *Yousef Hasan*

Antragstext

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

werden. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten und der Afrikanischen Union. Dadurch können wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-089-2

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Antragstext

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

werden. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten und Staaten auf dem afrikanischen Kontinent. Dadurch können wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa

LA: Freier Handel für freie Menschen

ÄNDERUNGSANTRAG LA-090

Antragsteller*in: *Yousef Hasan*

Antragstext

Von Zeile 89 bis 91 einfügen:

Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten. Dadurch können wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa und in anderen Kontinenten dieser Welt erweitert werden.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-001

Antragsteller*in: Sebastian Werkl

Antragstext

Von Zeile 1 bis 10:

~~„Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand entlohnten Unselbständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“^[1]~~
~~Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind erschreckend. Unselbständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst~~
~~also Unselbständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies~~

Von Zeile 48 bis 49 löschen:

~~^[1]<https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr>~~

Begründung

Ich finde den ersten Absatz intellektuell unredlich. Der Absatz ist komplett aus einem Standard-Artikel kopiert, der wichtigste Teil des Absatzes wurde aber, aus scheinbar ideologischen Gründen, nicht übernommen. Wenn man in den Artikel schaut ist noch

im selben Absatz eine einleuchtende Begründung vorzufinden, warum Staatsbedienstete durchschnittlich mehr verdienen. Der Antrag funktioniert auch ohne den ersten Absatz, dieser bietet keinen Mehrwert und sollte herausgenommen werden.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-009

Antragsteller*in: *Wenzel Röhner*

Antragstext

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:

erschreckend. Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst also im Mittel deutlich mehr als der/die mittlere Beschäftigte in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen.
Dies

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-021

Antragsteller*in: Sebastian Werkl

Antragstext

Von Zeile 21 bis 23:

~~Angestellte und Beamt:innen sind nicht nur teuer sie beziehen auch Pensionen haben Anspruch auf Urlaub und arbeiten nur zu gewissen Zeiten.~~ Der österreichische Verwaltungsapparat ist aufgeblasen und deshalb teuer und schwerfällig. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren

Begründung

Der erste Satz liest sich mMn sehr Arbeitnehmer_innenfeindlich. Den Mitarbeitenden werden alle negativen Zuschreibungen gemacht. Ich glaube, dass wir unsere Kritik nicht an die Menschen, sondern an den Apparat richten sollten, weil dieser Punkt ansonsten sehr negativ gelesen werden kann obwohl die Forderung richtig ist.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-024

Antragsteller*in: *Ines Holzegger*

Antragstext

Von Zeile 23 bis 27:

JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselig ~~und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler Form anzubieten.~~ e und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern wir, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in digitaler Form angeboten werden. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-026

Antragsteller*in: *Lorenz Unger*

Antragstext

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler Form anzubieten, hierfür soll, soweit möglich, bereits existierende digitale Infrastruktur, z.B. die App Digitales Amt, genutzt werden. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In

Begründung

Oft kommt es bei solchen Forderungen dazu, dass wieder neue Tools und Wege eingeführt werden, anstatt bestehende Infrastruktur zu nutzen, was zwar in manchen Fällen Sinn macht, oft aber einfach zu einer Unzahl an ähnlichen Tools führt, was eben wieder gegen die Effizienz geht, die wir in diesem Antrag erreichen wollen.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-026-2

Antragsteller*in: *Ines Holzegger*

Antragstext

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler Form anzubieten. Services sollen mittels ones-stop-shop bzw. no-stop-shop abgewickelt werden können. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-027

Antragsteller*in: Gregor Stadler

Antragstext

Von Zeile 26 bis 28 einfügen:

Form anzubieten. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst in der Verwaltung, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6%

Von Zeile 30 bis 32 einfügen:

facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten. Ebenso braucht die Wissenschaft eigene Regelungen, die zwar Kündbarkeit nicht ausschließen, jedoch einschränken.

Von Zeile 35 bis 37 einfügen:

Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation, Eignung und Leistung einer Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das

Von Zeile 43 bis 44:

soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten Leistung, ~~bezahlt werden.~~ (

möglichst durch objektivierte Verfahren ermittelt), bezahlt werden.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-038

Antragsteller*in: *Yousef Hasan*

Antragstext

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

In witerer folge fordern wir auch die Abschaffung von Versorgungsposten bzw. sogenannten Scheinjobs im öffentlichen Dienst.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-038-3

Antragsteller*in: Sarah Sinkovits, Christoph Müller

Antragstext

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

Wir fordern daher neue Auswahlverfahren für Personalkommissionen, Personalleihen nur in begründeten Ausnahmefällen, verpflichtende Hearings für Leitungsfunktionen, die Entwicklung eines Einstiegstests ("Concours") für Bewerber:innen bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen und ein Verbot von Doppelfunktionen in Kabinetten und dem öffentlichen Dienst.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-038-4

Antragsteller*in: *Johannes Bachleitner, Christoph Müller, Sarah Sinkovits*

Antragstext

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat bei vollen Bezügen für die Zeit des Wahlkampfs freizustellen, die nach österreichischer Rechtslage teilweise noch immer besteht, lückenlos abgeschafft werden.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-040

Antragsteller*in: *Markus Bencsits*

Antragstext

Von Zeile 40 bis 42 löschen:

Wir als Junge liberale Neos fordern ~~die Senkung der Grundgehaltsstufen im öffentlichen Dienst und fordern stattdessen~~ mehr leistungsbezogene Anreize wie etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich

Begründung

Der öffentliche Dienst hat ohnehin bereits große Schwierigkeiten, ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zu rekrutieren. Laut [Statistik Austria](#) wird es im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung bis 2040 einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf von knapp 55'000 Personen geben. Der öffentliche Sektor ist bereits in seiner jetzigen Form für viele junge Arbeitnehmer:innen weniger attraktiv als eine Anstellung in der Privatwirtschaft. Eine Senkung der Grundgehaltsstufen würde diesen Mangel an Arbeitskräften aller Voraussicht nach noch verschärfen. Eine Digitalisierung des öffentlichen Sektors ist dabei enorm wichtig, aber kein Allheilmittel, das über Nacht wirkt.

Eine gute Verwaltung gehört zum Grundgerüst unserer Gesellschaft und für eine solche braucht es die besten Köpfe. Und diese besten Köpfe wollen auch entsprechend bezahlt werden.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-040-2

Antragsteller*in: *Ines Holzegger*

Antragstext

Von Zeile 40 bis 41:

Wir als JUNOS - Junge liberale ~~Neos~~NEOS fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-040-3

Antragsteller*in: *Johannes Bachleitner, Ines Holzegger, Benedikt Flasch, Christoph Müller*

Antragstext

Von Zeile 40 bis 44:

~~Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten Leistung, bezahlt werden.~~

Wir als Junge liberale Neos fordern eine Reform der Gehaltslogik im öffentlichen Dienst. Das System der Zulagen soll modernisiert werden, sodass es tatsächliche Leistung transparent belohnt, aber nicht selbstverständlich enthaltene Aufgaben der Kerntätigkeit mit Zulagen verbessert.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-040-4

Antragsteller*in: *Peter Berry*

Antragstext

Von Zeile 40 bis 42:

~~Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im öffentlichen Dienst und fordern stattdessen~~Der Staat konkurriert als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe, die im Interesse der Republik dienen. Die Grundgehaltsschemen sollen sich am durchschnittlichen Wert am Markt orientieren, wobei diverse Vor- und Nachteile des öffentlichen Diensts berücksichtigt werden sollen.
Darüber hinaus fordern wir mehr leistungsbezogene Anreize wie etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-042

Antragsteller*in: *Ines Holzegger*

Antragstext

Von Zeile 41 bis 44:

öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie etwa Boni, um ~~einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete~~Leistung zu belohnen. Zusätzlich soll es Leistungsstufen geben durch welche Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten Leistung, bezahlt werden.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-044

Antragsteller*in: *Christoph Müller, Johannes Bachleitner, Ines Holzegger, Benedikt Flasch*

Antragstext

Von Zeile 43 bis 44 einfügen:

soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten Leistung, bezahlt werden.

Außerdem soll die Anrechnung von Vordienstzeiten vereinfacht und verbindlich bereits im Einstellungsprozess erledigt werden, sodass der Einstieg in den öffentlichen Dienst auch für Quereinsteiger attraktiver wird.

A2: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

ÄNDERUNGSANTRAG A2-047

Antragsteller*in: *Peter Berry*

Antragstext

Von Zeile 46 bis 47 einfügen:

Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen hat, unnötig erhöhen.

Anstatt von höheren Gehältern soll der Staat als Arbeitgeber andere Benefits anbieten, wie flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office, die in der Privatwirtschaft auch üblich werden, um die besten Köpfe anzulocken.

A3: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

ÄNDERUNGSANTRAG A3-023

Antragsteller*in: *Markus Bencsits*

Antragstext

Von Zeile 23 bis 27 löschen:

~~Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.~~

Begründung

Polemische Formulierungen, die so nicht zutreffen und eines Antrags nicht würdig sind (es gibt nicht "massenhaft" Zombieunternehmen, auch ist es falsch den Staat als Profiteur der Krise darzustellen).

A3: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

ÄNDERUNGSANTRAG A3-054

Antragsteller*in: *Marc Bruckner, Markus Bencsits*

Antragstext

In Zeile 54 einfügen:

(<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>[Leerzeichen])

Von Zeile 137 bis 145 löschen:

- ~~Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits, wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.~~

Begründung

Der Absatz suggeriert eine nationalstaatliche Einflussnahme auf die Entscheidungen der EZB. Die EZB ist jedoch weisungsfreie Institution. Sie hat das Ziel, die Inflation im Euroraum knapp unter 2% zu halten und kann daher nicht immer auf alle Einzelstaaten Rücksicht nehmen.

A3: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

ÄNDERUNGSANTRAG A3-054-2

*Antragsteller*in: Ines Holzegger*

Titel

Ändern in:

Lasst den Staat statt uns die Krise spüren!

Antragstext

In Zeile 54 einfügen:

<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>[Leerzeichen]

A3: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

ÄNDERUNGSANTRAG A3-146

Antragsteller*in: *Markus Bencsits, Marc Bruckner*

Antragstext

Von Zeile 146 bis 156 löschen:

- ~~Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.~~
- ~~Wie bereits von den JUNOS—Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde. Dieses Problem der “fiskalischen Dominanz”, in welcher sich die Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden werden.~~

Begründung

Es ist nicht Sache der Politik, der EZB zu sagen, was sie zu tun hat. Zentralbanken müssen politisch unabhängig sein.

A4: Mehr Urlaub, weniger Feiertage

ÄNDERUNGSANTRAG A4-003

Antragsteller*in: *Rafael Fiechter*

Antragstext

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:

JUNOS fordern die Abschaffung aller staatlichen Feiertage. Im Gegenzug sollen Schulen zehn weitere schulautonome Tage und Arbeitnehmer_innen sowie Zivildienstler und Grundwehrdienstler Anspruch auf zwei weitere bezahlte Urlaubswochen bekommen.

Begründung

Zivildienstler und Grundwehrdienstler sollen weiterhin einen Anspruch auf freie Tage haben.

A4: Mehr Urlaub, weniger Feiertage

ÄNDERUNGSANTRAG A4-003-2

Antragsteller*in: *Gina Plattner*

Antragstext

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:

JUNOS fordern die Abschaffung aller staatlichen Feiertage. Im Gegenzug sollen Schulen zehn weitere schulautonome Tage und Arbeitnehmer_innen, sowie Grundwehr-, Zivildiner:innen und auch Teilnehmende eines freiwilligen sozialen Jahres Anspruch auf zwei weitere bezahlte Urlaubswochen bekommen.

A5: Dem Ehrenamt wieder Ehre geben

ÄNDERUNGSANTRAG A5-109

Antragsteller*in: *Martin Gatzweiler*

Antragstext

Von Zeile 108 bis 110 löschen:

- Stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Bewerbungen in öffentlichen und landesbeteiligten Unternehmen ~~bzw. bei Aufnahmetests für Studenten (z.B. Medizinstudium)~~

Begründung

Ich sehe keinen Grund für eine stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Aufnahmetests für gewisse Studienrichtungen. Gerade für Studienrichtungen wie Medizin, die welche überfüllt sind.

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-002

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Antragstext

Von Zeile 1 bis 7:

JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit der Bürger_innen. Das gilt auch für Fußgänger_innen im Straßenverkehr.

Fußgänger_innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der Straße ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes und des Vorrangs der Fußgänger_innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie in zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger_innen eine Empfehlung und keine Pflicht darstellen.

Von Zeile 11 bis 12:

Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger_innen, wie diese bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das Gesamtregelwerk

Von Zeile 21 bis 25:

Der öffentliche Raum gehört den Bürger_innen und nicht dem Staat. Eine staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für Fußgänger_innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind schleunigst zu beseitigen.

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-007

Antragsteller*in: *Benedikt Flasch*

Antragstext

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:

zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger_innen eine Empfehlung und keine Pflicht darstellen. Die Grundregel, sich bei Betreten der Fahrbahn zu vergewissern, hierbei sich selbst oder andere Straßenbenutzer nicht gefährden oder diese übermäßig behindern, ist ausreichend.

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-014

Antragsteller*in: *Helene Paar*

Antragstext

Von Zeile 14 bis 16 löschen:

~~Weiters werden zahllose Stunden beim unnötigen Warten verschwendet, die entweder in eine höhere wirtschaftliche Produktivität oder in eine bessere Nutzung der Freizeit investiert werden könnten.~~

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-024

Antragsteller*in: *Julius Lajtha*

Antragstext

Von Zeile 23 bis 25:

allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus liberaler Sicht nicht vertretbar. ~~Nicht notwendige Verbote für Fußgänger_innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind schleunigst zu beseitigen.~~ Nicht notwendige derartige Einschränkungen für Fußgänger:innen sind somit auch aus Gründen der Gleichberechtigung der Straßenverkehrsteilnehmer:innen abzulehnen.

Begründung

klarere Sprache & Betonung auf Gleichberechtigung verschiedener Verkehrsarten

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-027-2

Antragsteller*in: *Sophie Wotschke*

Antragstext

Von Zeile 26 bis 30:

Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - ~~junge liberale NEOS für eine Reform des § 76 StVO, welche die Möglichkeit der ungehinderten Straßenüberquerung nach eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Lediglich auf Autobahnen~~ Junge liberale NEOS für eine Reform des § 76 StVO ein. Diese soll Fußgängern die Straßenüberquerung bei roter Ampel freistellen, sofern diese nach eigener Risikoabschätzung weder den Verkehrsfluss noch Interessen des Jugendschutzes negativ beeinträchtigt. Auf Autobahnen und Schnellstraßen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-028

Antragsteller*in: *Wenzel Röhsner*

Antragstext

Von Zeile 26 bis 28:

Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des § 76 StVO, welche die Möglichkeit der **ungehinderten** straflosen Straßenüberquerung nach eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-030-4

Antragsteller*in: *Florian Simon Gollner-Stramšak*

Antragstext

Von Zeile 28 bis 30 einfügen:

eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Lediglich auf Autobahnen und Schnellstraßen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-030-5

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Antragstext

Von Zeile 28 bis 30 einfügen:

eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Eine Fußgängerampel soll eine reine Vorrangregelung darstellen. Lediglich auf Autobahnen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

A7: Freier Übergang für freie Bürger_innen

ÄNDERUNGSANTRAG A7-030-6

Antragsteller*in: *Vincent Plescher*

Antragstext

Von Zeile 28 bis 30 einfügen:

eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst wenn es die Verkehrslage zulässt. Lediglich auf Autobahnen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

A8: Ein freies Europa für alle

ÄNDERUNGSANTRAG A8-037

Antragsteller*in: *Wenzel Röhnsner, Stef Slager*

Antragstext

Von Zeile 37 bis 45 löschen:

~~Lukaschenko muss zur Rechenschaft gezogen werden und die belarusischen Flüchtlinge müssen eine Chance bekommen, ebenfalls als freie Europäer:innen leben zu dürfen. Die Einschränkung der liberalen und demokratischen Grundrechte erachten wir JUNOS – Junge liberale NEOS als verheerend und unterstützen die europäische Aussicht Belarus'. Kurzfristig wird das den Geflüchteten helfen, ihr Leben im Exil, ohne rechtliche Gefährdung, zu leben. Langfristig soll das einer Demokratisierung des Landes helfen als auch einer Integration Belarus' in die Europäische Union unter anderem durch einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt wie bei Ukrainischen Geflüchteten.~~

A8: Ein freies Europa für alle

ÄNDERUNGSANTRAG A8-041

Antragsteller*in: *Julius Lajtha*

Antragstext

Von Zeile 40 bis 42:

erachten wir JUNOS – Junge liberale NEOS als verheerend und unterstützen die europäische ~~Aussicht~~Perspektive Belarus'. Kurzfristig wird das den Geflüchteten helfen, ihr Leben im Exil, ohne rechtliche Gefährdung, zu leben. Langfristig soll das einer

Von Zeile 44 bis 45 einfügen:

Europäische Union unter anderem durch einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt wie bei Ukrainischen Geflüchteten. Die Außenpolitik Österreichs und der Europäischen Union muss sich klar gegen das Terrorregime in Belarus positionieren und Maßnahmen setzen um den Machterhalt Lukaschenkos zu einem Ende zu bringen. Des Weiteren müssen das Einfrieren von Vermögenswerten, Reisebeschränkungen gegen mit dem System in Verbindung stehenden Personen, ähnlich dem Vorbild der Russlandsanktionen, flächendeckend umgesetzt werden um mehr Druck auf das System Lukaschenko zu machen und die Anstrengungen der Zivilbevölkerung zu unterstützen.

Begründung

Verschiedene Handlungsempfehlungen auf Basis des Wunsches nach mehr Substanz

A9: Land der Berge, Land der Spione

ÄNDERUNGSANTRAG A9-024

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Antragstext

In Zeile 24:

- Aufstockung der Personalressourcen in der ~~DSN~~Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)

Begründung

Nicht allgemein bekannte Akronyme sollte man ausschreiben.

A9: Land der Berge, Land der Spione

ÄNDERUNGSANTRAG A9-030

Antragsteller*in: *Silvio Junger*

Antragstext

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:

- Reduktion der russischen Delegation bei den diplomatischen Vertretungen in Österreich auf ein absolutes Minimum, mit besonderem Augenmerk auf der Ausweisung von administrativ-technischem Personal

A9: Land der Berge, Land der Spione

ÄNDERUNGSANTRAG A9-031

Antragsteller*in: Daniel Moisi

Antragstext

Von Zeile 31 bis 32 löschen:

- ~~Eingeschränktere bzw. reduzierte Visavergabe an russische Staatsbürger:innen~~

Begründung

Eine eingeschränkte bzw. eine reduzierte Visavergabe würde sämtliche russische Staatsbürger:innen unter Generalverdacht stellen und es Kritikern und anderen die aus Russland nach Europa bzw. Österreich aufgrund ihrer Überzeugungen bzw. Tätigkeiten kommen erschweren einzureisen.